

Verena Kämmerlings Monatsbericht April 2024



Bürgersprechstunde:

Datum: 21. Mai 2024 Uhrzeit: 10:00 - 12:00

Wochenmarkt Dodesheide (Marktplatz an der Lerchenstraße)



Neues Windenergiegesetz

Die Energiewende bietet große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens. Mit dem neuen Windenergiegesetz setzt Niedersachsen das Bundesrecht um und schafft zudem **Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen und Bürger** an den Erträgen der Erneuerbare-Energie-Anlagen.

Niedersachsen muss nach Bundesvorgabe **2,2 % der Landesfläche für Windenergie** ausweisen. Die durch die Landesregierung gewählten, landkreisspezifischen Flächenvorgaben **belasten einige Landkreise überproportional**. Die CDU-Fraktion spricht sich deshalb für die Priorisierung von **Energiezielen vor starren Flächenzielen**

aus, um mehr Flexibilität zu schaffen und stark betroffene Landkreise zu entlasten. Die **freiwillige Übertragung** von Windenergieflächen zwischen Landkreisen ist unser Ansatz, aber wurde von Rot-Grün abgelehnt.

Auf Druck unserer Fraktion enthält das Windgesetz nun immerhin praxisnahe Vorgaben für die finanzielle Beteiligung der Bürger und Kommunen am wirtschaftlichen Erfolg der Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen. Zusammenfassend möchte ich nachfolgend die wichtigsten **Pro- und Contra-Punkte** einmal aufführen:

Positiv am neuen Niedersächsischen Windgesetz finden wir:

- Kommunen erhalten künftig eine **Akzeptanzabgabe** in Höhe von 0,2 Cent pro kWh/Jahr.
- Die Abgabe kann im Fall einer



freiwilligen Vereinbarung flexibel verwendet werden.

- Ohne freiwillige Vereinbarung gibt es **Einschränkungen** beim Verwendungszweck.
- Kommunen oder Bürger bekommen zudem ein Angebot sich an Anlagen zu **beteiligen**.
- Die Betreiber können auch **Direktzahlungen** oder die Lieferung **verbilligter Energie** anbieten.

Und das Negative:

- Starre **Flächenziele** für Kommunen
- Einige Landkreise sind mit bis zu 4 % Ausweisungsziel für Windenergie sehr **belastet**.
- Ausgewiesene Fläche bedeutet **noch nicht gebautes** Windrad.
- **Klagen** von Anwohnern und Umweltverbänden sind vorprogrammiert.

Gehaltsaffäre im Büro des Ministerpräsidenten

Wir haben nun einen Parlamentarischen **Untersuchungsausschuss** eingesetzt, um aufzuklären, welche **Motivation** hinter der Beförderung der Büroleiterin des Ministerpräsidenten steckt und ob es **weitere**

Verwicklungen und Verstöße gab. Doch was wissen wir bis jetzt?

Stephan Weils **neue Büroleiterin**, zugleich Vorsitzende eines niedersächsischen SPD-Unterbezirks und vor einem Dreivierteljahr noch Masterabsolventin, durfte als Quereinsteigerin aufgrund der im öffentlichen Dienst **geltenden Gehaltsregeln** nur ein Gehalt von **6.301 Euro** verdienen. Sie bekam dennoch nach kurzer Zeit eine **Gehaltserhöhung auf 8.187 Euro** (B2). Das ist zum Vergleich mehr als das Gehalt eines Schulleiters eines großen Gymnasiums. Diese Gehaltserhöhung wurde bereits gezahlt, obwohl eine **extra** für die neue Büroleiterin geschaffene Regelung **noch nicht gültig war**, und wurde entgegen dem **Widerspruch** aus dem Finanzministerium und der Staatskanzlei abgewickelt. Die Landesregierung stellt die Änderung der Beförderungspraxis als Programm zur **Attraktivitätssteigerung für Quereinsteiger** in den Landesdienst dar.

Das Verfahren erscheint aber rechtlich unsauber und ungerecht all denen gegenüber, die bisher bis zu zehn Jahre auf eine entsprechende Beförderung warten mussten. Wir bleiben im **Sinne der Bürger** an diesem Fall dran.



Gewalt und kriminelle Clans

Laut Medienberichten gibt es vier Hotspots für ausländische Clans in Deutschland: Berlin, Bremen, NRW und auch **Niedersachsen**. Clans gefährden die **Sicherheit der Bevölkerung** und das **Vertrauen in den Rechtsstaat**. Die aktuellen Zustände können wir nicht mehr weiter dulden. Wir fordern eine **Null-Toleranz-Politik** gegen jede Art von organisierter Kriminalität und ein **konsequentes Vorgehen** gegen diese Strukturen.

Wir **verlangen** folgende Punkte von der Rot-Grünen Landesregierung:

- Konsequente **Bekämpfung von Gewaltkriminalität**, einschließlich Abschiebung von ausländischen Straftätern.
- **Transparente Aufklärung** über Strukturen und Herkunft der Täter sowie konkrete Maßnahmen gegen ausländische Gewaltkriminalität.
- **Integrative Maßnahmen** zur sozialen und kulturellen Integration, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten.
- **Robuste Polizeipräsenz**, Razzien, Personenkontrollen, mehr Richterstellen und Staatsanwälte sowie

verstärkte Zusammenarbeit der Behörden.

- **Aktives Handeln** der Landesregierung, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat zu erhalten.

Europawahl

Für ein **starkes Niedersachsen** in Europa hieß es beim **Landesausschuss** in Hildesheim. Mit der Präsidentin der EU-Kommission **Ursula von der Leyen**, Spitzenkandidatin der EVP für die Europawahl haben wir den Startschuss zum Europawahlkampf gegeben.



Gemeinsam mit der Vizepräsidentin des Landtags, **Barbara Otte-Kinast**, habe ich die Sitzungsleitung unterstützt.

Denn die anstehende **Wahl** zum Europäischen Parlament am



9. Juni 2024 wird eine **Richtungswahl**. Für eine starke EU dürfen wir die Wahl nicht an **radikale Europafeinde** von links und rechts abtreten, wenn wir weiterhin **Sicherheit und Freiheit** für die Bürger wahren wollen. Ebenso ist der europäische Binnenmarkt die wichtigste Säule unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Auch in **Osnabrück** ist der Europawahlkampf gestartet, seid also gespannt auf unsere Aktionen.

Rot-Grün lässt Sportvereine auf dem Trockenen sitzen

Angesichts der hohen Inflation sind die **Gebühren für Wasserentnahmen** in Niedersachsen beträchtlich gestiegen. Viele Sportvereine war-

ten dringend auf die Änderung des **Niedersächsischen Wassergesetzes**, die sie von diesen belastenden Gebühren befreit. Bereits am 13. Juni 2023 brachte die CDU-Landtagsfraktion einen entsprechenden **Gesetzentwurf** in die parlamentarischen Beratungen ein. Dieser wurde jedoch von den regierungstragenden Fraktionen über zehn Monate hinweg **verschleppt**. Erst am 29. April 2024 kündigten die Fraktionen von Rot-Grün im Unterausschuss des Landtages einen eigenen Gesetzentwurf an, allerdings **ohne einen festen Zeitplan**. Die Bewässerungssaison steht unmittelbar bevor und dennoch bleibt die dringend benötigte Gesetzesänderung aus. Das ist ein **schwerwiegender Schlag** für all jene, die sich in unseren Sportvereinen ehrenamtlich engagieren.

Termine

06.-08.05. Bundesparteitag der CDU

13.05. Bereisung Teufelsmoor

14.05. CDU-Fraktion Nds

15.-17.05. Plenum

21.05. Bürgersprechstunde

23.05. Personalausschuss OS

23.05. Spargelessen CDU OV Haste

27.05. Unterausschuss

27.05. CDU-Fraktion OS

28.05. Vorstand CDU-Fraktion Nds

28.05. Gartengespräch Bundesamt für Naturschutz

29.05. UA-Verbraucherschutz

